

Tagungsbericht

Lokale AGENDA 21 Möglichkeiten und Nutzen der Einbindung der Wirtschaft

**Expertentagung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der
Society for International Development (SID), Munich Chapter**

Kloster Banz, 18. bis 19. November 1998

Marion Lautenbacher
F. Kayode Salau

Auch 6 Jahre nach dem Beschluß der AGENDA 21 in Rio de Janeiro ist sowohl auf staatlicher, als auch auf kommunaler Ebene eine allen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragende Umsetzung dieses Handlungsprogramms nicht gelungen. Zumeist wird der Begriff „AGENDA 21“ und ebenso „Lokale AGENDA 21“ gleichgesetzt mit „Ökologie“, weshalb sich die Agenden vornehmlich auf umweltpolitische Erfordernisse und Maßnahmen konzentrieren. Bezeichnend hierfür ist die in Betrieben, Verbänden und Behörden gleichermaßen anzutreffende Zuständigkeit der Umweltbeauftragten bzw. Umweltreferenten für die AGENDA 21.

Es wäre daher dringend erforderlich, auch staatlicherseits darauf hinzuwirken, daß die soziale und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung in die AGENDA-Prozesse gleichberechtigt Eingang finden. Hierfür müssen die Berührungspunkte zwischen „Entwicklungs-Aktiven“, „Umwelt-Aktiven“ und der Wirtschaft abgebaut werden, indem die Zusammenhänge zwischen Entwicklungspolitik und Umweltpolitik als Chance begriffen und dargestellt werden: Das Bewußtsein für globale Nachhaltigkeit muß gestärkt werden, um u.a. weltweit Absatzmärkte für nachhaltige Umwelttechnologien zu schaffen und damit auch heimischen Unternehmen zu nutzen.



**Hanns
Seidel
Stiftung**



SID

Society for International Development

Die AGENDA 21, das Abschlußdokument der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992, die von über 170 Staaten der Erde, darunter auch von der Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet wurde, ist ein Aktionsprogramm für die Umsetzung einer umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung für das 21. Jahrhundert. Kapitel 28, das die Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der AGENDA 21 aufführt, sieht u.a. vor, daß bis 1996 weltweit jede Kommunalverwaltung auf der Basis einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung eine Lokale AGENDA 21 beschließen sollte. Zudem fordert Kapitel 30 eine Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft. Die Einbindung der Wirtschaft in den AGENDA-Prozeß, die nach wie vor noch zu wünschen übrig läßt, soll insb. der Förderung einer umweltverträglicheren Produktion und einer global verantwortungsbewußten Unternehmerschaft dienen.

Manfred Hoke, der Umweltreferent der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, zitierte hierzu eine Übersetzung des Begriffes aus dem Internet, wonach unter AGENDA zu verstehen sei: „**A**lle **G**emeinsam **E**ntwickeln **N**achhaltige **D**auerhafte **A**nsätze“. Nach Ansicht von Herrn Hoke gäbe es gute Gründe für die Wirtschaft, sich aktiv am lokalen AGENDA-Prozeß zu beteiligen: Neben der Mitverantwortung für die Gesellschaft, der sich die Unternehmen stellen müßten, sei hier eine Verbesserung der Kontakte zu örtlichen Stellen, wie Behörden, Vereinen und sonstigen Stellen, zu nennen, ebenso die imagefördernde Öffentlichkeitswirksamkeit oder das Erfordernis, „das Feld nicht allein den anderen zu überlassen“. Die Rolle der Kammern im AGENDA-Prozeß leitet sich nach seiner Aussage aus dem gesetzlichen Auftrag des §1 IHKG ab, wonach die Kammern das Gesamtinteresse der Gewerbetreibenden wahrzunehmen hätten, was sie z.B. durch die Mitwirkung in AGENDA-Gremien erreichen können; sie sollen dies weiterhin insb. durch Vorschläge, Gutachten und Berichte Behörden unterstützen und beraten, dies kann z.B. durch Stellungnahmen zu AGENDA-Beschlüssen geschehen. Zudem sollen die Kammern im Sinne einer Förderung der gewerblichen Wirtschaft wirken, z.B. durch Hilfestellung bei der Öffentlichkeitsarbeit. Als nachahmenswertes Beispiel hierfür bezeichnete Herr Hoke die gemeinsam von der IHK und der Handwerkskammer für München und Oberbayern herausgegebene Broschüre „Beitrag der Münchner Wirtschaft zur lokalen AGENDA 21“, in der über 60 Münchner Firmen neben ihrem bisherigen Umweltengagement darstellen, was sie zukünftig im Bereich Ökologie planen.

Die von Herrn Hoke vorgetragenen Gründe für die Wirtschaft, sich *nicht* am AGENDA-Prozeß zu beteiligen, fanden bei Referenten und Teilnehmern breite Bestätigung und sollten daher als Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Strategie zur Einbindung der Unternehmen berücksichtigt werden: Es ist erforderlich, die Zielsetzungen und Inhalte der lokalen AGENDA 21 knapp und präzise zusammenzufassen. **Dr. Günther Rau**, Direktor Umwelt bei McDonalds Deutschland, fordert zudem eine verstärkte Nutzung des Potentials der Kammern als „Motoren“ für die Beteiligung von Unternehmen an der lokalen AGENDA 21, da nicht alle Kammern diesbzgl. gleich viel Initiative zeigten. Er empfahl auch, der derzeitigen mangelnden Berücksichtigung von Wirtschaft und Sozialem durch eine ehrliche Aufforderung an die ortsansässige Wirtschaft zu Mitsprache und Beteiligung zu begegnen. Das Verhältnis zwischen Kommunen und der Wirtschaft vor Ort sei nach seiner Ansicht häufig durch Konfrontation und Reglementierung insb. im Bereich der Umweltpolitik geprägt, statt durch die Bereitschaft zu Kommunikation und konstruktivem Dialog. Auch innerhalb der Verwaltungen bestünden oft Kommunikationsdefizite mit der Folge eines unzureichenden Informationsflusses. Ggf. könnte hier mit der Errichtung von überregionalen Informationspools Abhilfe geschaffen werden. Einig waren sich die Experten auch darüber, daß Unternehmen aufgrund ihres eingeschränkten Zeitbudgets endlose Sitzungen zu Weltverbesserungsthemen mit wenig konkreten Ergebnissen befürchten würden. Ein stringenter Arbeitsplan sowie Erfolgskontrollen zu möglichst konkreten, relativ schnell umsetzbaren Projekten wäre daher sinnvoll. (siehe auch Ergebnisse des Workshops im Anhang).

Aus Sicht von **Dr. Robert Schmidt**, dem Leiter der Abteilung Innovation und Umweltschutz der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, ist der AGENDA-Prozeß als Motor für Innovationen, d.h. als Chance für die Evolution von umweltverträglichen Produkten, Technologien und Dienstleistungen zu sehen. Zudem eröffneten sich Chancen, auf aktuellen Märkten besser zu bestehen und neue Märkte zu entwickeln. Dadurch würde auch dem sozialen Aspekt nachhaltiger Entwicklung Rechnung getragen, da dies der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen diene. Die Beschäftigung mit der lokalen AGENDA 21 ermögliche ein neues Denken und die Entwicklung neuer Leitbilder hin zu einem vorsorgenden, produktions- und produktintegrierten Umweltschutz mit höherer Materialproduktivität und Energieeffizienz. Hauptaufgabe der Kammern sei es, die Wirtschaft dauerhaft für dieses zunächst wenig bekannte und konkrete Thema zu begeistern und durch entsprechende Mitwirkung und Öffentlichkeitsarbeit zu eigenem Engagement zu motivieren.

Schwedens Regierung hat es sich nach Aussage von Frau **Eva-Maria Diehl**, freie Fachjournalistin im Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz, zum Ziel gesetzt, auch international eine Vorbildrolle bei der Umsetzung der AGENDA 21 zu spielen. Demgemäß wurde das Dokument von Rio unmittelbar nach dessen Erscheinen übersetzt und ab 1993 u.a. über das Internet im ganzen Land ein breiter Konsultationsprozeß mit Parteien, Behörden, Gemeinden, Wirtschaftsverbänden, Kirchen etc. eingeleitet. Auf dieser Grundlage wurden vielfältige Schritte zur Umsetzung der AGENDA eingeleitet, insb. durch Erlaß entsprechender Rechtsvorschriften, die Gründung eines nationalen AGENDA 21 Komitees und die Organisation regionaler AGENDA-Konferenzen.

Zwischenzeitlich sind alle schwedischen Gemeinden im AGENDA-Prozeß aktiv und die Erstellung von kommunalen Aktionsprogrammen ist nahezu überall abgeschlossen. Zudem sei das Wissen und Engagement der Bevölkerung u.a. durch die Schulung öffentlicher Angestellter gestiegen und viele hätten ihr Konsummuster geändert. Nach einer Untersuchung des zentralen Statistikamtes hätten bereits 1996 20% aller Schweden schriftliche Informationen zur AGENDA 21 erhalten und 3% waren selbst an einem AGENDA-Prozeß beteiligt. Viele ideelle Organisationen und Weiterbildungseinrichtungen seien immer noch sehr aktiv.

Für die Umsetzung der AGENDA-Aktivitäten hat die schwedische Regierung eine wohl einzigartig hohe finanzielle Unterstützung durch Förderprogramme zur Verfügung gestellt. Die sog. „Kreislaufmilliarde“, das sind ca. 220 Mio. DM, (Schwerpunkte: Förderung privater Unternehmen in den Bereichen Abfallentsorgung, Wasser-/Abwassersysteme, Sanierung von Gebäuden) und die Förderung „lokaler Investitionsprogramme“ mit über 5 Mrd. Kronen (Recycling, Wasser/Abwasser, effiziente Energienutzung, Verbesserung der Verkehrssituation, Sanierung von Altlasten) sind die beiden wichtigsten Geldquellen. Daneben fördert die staatliche Energiebehörde mit ca. 9 Mrd. Kronen die Umstellung von Energiesystemen in Kommunen und Unternehmen.

Die breite finanzielle Unterstützung der AGENDA-Prozesse in Schweden stoße natürlich auch auf Kritik: so habe die Schwedische Naturschutzvereinigung bemängelt, daß die Subventionen dem im Umweltschutz anzulegenden Verursachungsprinzip zuwiderlaufen würden. Durch verschärfte Umweltkontrollen und Umweltgesetzgebung könne der gleiche Effekt erreicht werden und die Mittel stünden für andere Projekte zur Verfügung. Zudem käme es insb. bei Energiesparmaßnahmen zu Mitnahmeeffekten, da sich diese häufig auch ohne staatliche Förderung rechneten. Dennoch sei nach Ansicht von Frau Diehl die hohe staatliche Förderung positiv zu werten, da sie ein Zeichen sei für die Glaubwürdigkeit des Willens der schwedischen Regierung, auf ein ökologisch nachhaltiges Gemeinwesen hinzuwirken. Durch die Umschichtung der staatlichen Förderung sowie die Delegation von Aufgaben an die Kommunen habe zudem eine

Vitalisierung der lokalen Demokratie stattgefunden. Die Förderprogramme trugen nicht nur zur Verbesserung der ökologischen und ökonomischen Situation bei, sie berücksichtigten auch den *sozialen* Aspekt nachhaltiger Entwicklung. So wurden durch die lokalen Investitionsprogramme zwischenzeitlich ca. 8000 Arbeitsplätze geschaffen. Auch die Auswirkungen eines Projekts auf die Gleichstellung der Geschlechter sowie auf die Kulturgüter und die Architektur der Kommunen sind wichtige Kriterien für die Erteilung von Zuschüssen. Ein außergewöhnliches Projekt ist nach Angaben von Frau Diehl z.B. die besondere Förderung von Kleinunternehmen mit Einwanderer-Hintergrund durch eine Stadt, die ausländische Umweltbeauftragte ausbildet, die dann die Unternehmen aufsuchen und diese zu Umweltfragen in ihrer Muttersprache informieren. Einer weiteren Stadt wurde vom schwedischen Umweltamt ein Zuschuß für ein Projekt zur Unterstützung von jungen Müttern und deren Kindern gewährt, bei dem auch lokale Unternehmer beteiligt sind. Ziel ist die Verbesserung von deren Gesundheit mittels breit angelegter, professioneller Informationsdienste über Energiesparen, gesunde Ernährung und Körperpflege etc.

Wesentliche Ergebnisse der Podiumsdiskussion „Chancen und Probleme von regionalen Wirtschaftskreisläufen“:

Die Idee der regionalen Wirtschaftskreisläufe wurde auf der Rio-Konferenz von 1992 geboren und entspricht der Forderung im Agenda-Dokument nach einer Veränderung der Konsumgewohnheiten (Kapitel 4). Kreislaufwirtschaft heißt, nach **Prof. Hubert Weiger**, dem Landesbeauftragten des Bund Naturschutz in Bayern, „daß das, was in der Region erzeugt wird, in der Region möglichst veredelt werden soll und in der Region, soweit es sinnvoll ist, auch konsumiert werden soll, um damit überflüssige Transporte zu vermeiden“. *Region* definierte er unterschiedlich als einen Naturraum, der historisch gewachsen ist, oder eine eng verflochtene Wirtschaftsregion, die keinen größeren Naturraum als solches mit beinhalten muß.

Über die Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft ließe sich nach Ansicht Prof. Weigers eine Erhöhung der regionalen Wertschöpfung erzielen, die in Deutschland nach Schätzung der Enquete-Kommission des Bundestages im Durchschnitt gegenwärtig nicht mehr als 5 % beträgt. Kreislaufwirtschaft sei dennoch kein Allheilmittel aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, vielmehr steckten darin erhebliche Potentiale, die für die Förderung höherer Umwelt- und Lebensqualität genutzt werden könnten. Das Prinzip der regionalen Kreislaufwirtschaft sah er als Gegengewicht zu den negativen Auswirkungen der Globalisierung wie beispielsweise dem „*Prozeß der Nivellierung unserer Kulturlandschaft*“. „Unsere Qualität ist die Vielfalt der Regionen, die Vielfalt unserer Lebensräume und die Vielfalt auch unserer Kultur. Diese Vielfalt gilt es gerade in einem vereinten Europa mehr denn je zu erhalten und als Wert zu begreifen.“

Prof. Weiger zählte einige „hoffnungsvolle Ansätze“ auf, z.B. „*Essen aus der Region*“, „*Solarinitiativen*“, die seine Organisation in Kooperation mit der Wirtschaft zur Umsetzung der Konzeption der regionalen Kreislaufwirtschaft initiierte. Ein weiteres nachahmenswertes Projekt, das eine Projektgruppe des runden Tisches „Umwelt und Wirtschaft“ der lokalen AGENDA 21 der Stadt Nürnberg derzeit entwickelt, ist nach Aussage von **Dr. Schmidt** das Regionalkaufhaus Nürnberg, das den Vertrieb und auch die Herstellung regionaler Produkte und Dienstleistungen zum Ziel hat. Es soll durch private Investoren und Anleger (Investitionsvolumen ca. 25 Mio. DM) auf ca. 5000 m² Geschäftsfläche neben Lebensmitteln und einem noch nicht abgegrenzten Non-Food-Bereich auch Serviceleistungen anbieten. Als wirtschaftliche und ökologische Vorteile nannte Dr. Schmidt die Erschließung eines wachsenden Marktes für eine bewußte Käuferschaft, die Schaffung und Sicherung von über 100 Arbeitsplätzen, die Erweiterung der

regionalen Wertschöpfung, kurze Transportwege, weniger Energieverbrauch sowie eine geringere Lärm- und Luftbelastung und ein Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft.

Um solche Initiativen erfolgreich umsetzen zu können, forderte Prof. Weiger bessere Rahmenbedingungen: er nannte u.a. eine Verteuerung der Energiepreise, d.h. Abbau der Subventionierung der Transporte, Neuorientierung der individuellen Konsumententscheidungen, Transparenz bei der Produktbezeichnung, Information der VerbraucherInnen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, hohes Regionalbewußtsein, Aufbau von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen und nicht zuletzt mehr Partnerschaft zwischen der Wirtschaft und Umwelt- und Entwicklungsgruppen.

Dr. Michael Dippold von der Solidargemeinschaft Brucker Land ging auf die Chancen des regionalen Wirtschaftens ein und zeichnete mögliche Wege zu dessen Verwirklichung im Landkreis Fürstfeldbruck auf.

Zunächst sei zwischen der Solidargemeinschaft Brucker Land und der Brucker-Land GmbH zu unterscheiden. Erstere existiere schon seit 1994 und sei ein gemeinnütziger Verein, der rein ehrenamtlich arbeite. Die Mitglieder kämen aus fünf Bereichen: *Landwirtschaft, Handwerk und Handel, Verbraucher, Kirchen*. Die GmbH hingegen, sei der rein *wirtschaftlich orientierte Teil* der Solidargemeinschaft und wird von *Produzenten und Verarbeitern* getragen. Die Vermarktung regionaler Produkte im *Nahrungsmittelbereich* sei der *Grundstock* der Aktivitäten beider Organisationen. Gleichwohl habe das Brucker Land ein Programm zu *Sonnenkollektor-Montage* in privaten Haushalten entwickelt, das noch ausgeweitet werden solle. Mehr als 10 % der Landwirte im Landkreis Fürstfeldbruck seien als Erzeuger vertraglich in dieses System des regionalen Wirtschaftskreislaufs eingebunden, wobei sie jeweils nur mit einem sehr kleinen Teil ihrer Gesamtproduktion beitragen. Inzwischen seien auch 8 Gaststätten als Anbieter von regionalspezifischen Produkten beteiligt. Das Brucker Land setzte 1997 eine Erzeugung von ca. 500 000 l Milch um, verkaufte ca. 4 000 kg Honig, 1.000 t Getreide und ca. 2 t Käse pro Monat. Diese Zahlen sind gemessen am Gesamtumsatz der Lebensmittelbranche im Landkreis sehr gering, „so daß also hier die Regionalisierung leider nicht so gut ist, wie man vielleicht zunächst denken könnte“, betonte Dr. Dippold.

Brucker Land sei nach Aussage von Herrn Dippold kein reines Wirtschaftsunternehmen, sondern im Sinne der AGENDA 21 eine ökologisch und sozial orientierte Solidargemeinschaft. Ihre Aufgabe beinhaltete nicht nur die Förderung eines Regionalmarktes, ihr gehe es vielmehr darum, „die natürlichen und die sozialen Lebensgrundlagen mit zu erhalten und zu fördern und auf jeden Fall auch ins Bewußtsein der Bevölkerung und der Konsumenten zu bringen“. Wichtiger als der Größe des Umsatzes (1997: 1,8 Mill. DM, Tendenz steigend) sei, daß alle Produkte nach speziellen (aber i.d.R. nicht ausschließlich ökologischen) Richtlinien erzeugt und verarbeitet seien und daß alle Produkte ausschließlich in der Region (in diesem Fall der Landkreis Fürstfeldbruck) produziert und abgesetzt würden.

Zu den Chancen und Nutzen des regionalen Wirtschaftens für Fürstfeldbruck zählte Dr. Dippold:

- die minimierten Transportwege,
- Erhaltung der landwirtschaftlichen Struktur und somit auch des Erholungsraums in einem Landkreis, der „statistisch gesehen der dichtest besiedelte Landkreis in Bayern“ ist;
- Preisstabilität der landwirtschaftlichen Produkte und Planungssicherheit für die Produzenten;
- Gewinn an Produktqualität für die Verbraucher und Schaffung des Bewußtseins für die Herkunft der Lebensmittel, letztlich des Bewußtseins für die Lebenszusammenhänge,
- Bewahrung traditionelles Wissens im handwerklichen Bereich,

- Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, „wo Leute mit sehr hoher ideeller Motivation, mit sehr hohem Engagement arbeiten“. Die Brucker-Land GmbH habe mittlerweile ca. 30 Arbeitsplätze geschaffen.

Dr. Dippold forderte für regionale Projekte, z.B. die Bereitstellung einer geeigneten Produktions- (z.B. funktionierende leistungskräftige Mühle, Molkerei etc.) und Lieferstruktur, mehr Unterstützung durch die öffentliche Verwaltung (des Amtes für Landwirtschaft, des Landratsamt Fürstenfeldbruck usw.) und würde es begrüßen, wenn der Bundeswehr-Fliegerhorst Fürstenfeldbruck oder das ansässige Kreiskrankenhaus als Abnehmer der Produkte aus dem Brucker Land in Frage kämen. Letztere Forderung scheiterte aber an den Ausschreibungsbedingungen und bürokratischen Hemmnissen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Georg Reichl, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, ging in seinem Beitrag auf die Auswirkungen und Realisierbarkeit der regionalen Wirtschaftskreisläufe aus der Sicht des öffentlichen Auftraggebers ein. Nach Reichl ist das Credo bei den öffentlichen Aufträgen (also Leistungen, die der Staat und die Kommunen nachfragen) der Wettbewerb. Für die Auftragserteilung seien sachliche und auftragsbezogene Kriterien, aber nicht zusätzliche politische Kriterien ausschlaggebend. Da der Staat und die Kommunen Waren und Leistungen mit Steuermitteln beschaffen, müsse zur Vermeidung von Verschwendung und Korruption nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verfahren werden. Eine Berücksichtigung regionaler Wirtschaftsgüter bei öffentlichen Aufträgen würde dem zuwiderlaufen, da dann nicht sichergestellt sei, daß bei der öffentlichen Beschaffung *das nach Preis und Qualität wirtschaftlichste, also günstigste Angebot* genommen wird. Reichl, der 5 Jahre lang die öffentlichen Aufträge in Bayern betreute und seit November 1998 für die außenwirtschaftlichen Beziehungen Bayerns mit den Entwicklungs- und Schwellenländern zuständig ist, sah, wie Prof. Kling, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, die Bevorzugung der Ortsansässigen im öffentlichen Auftragswesen als „einen Salto Mortale für das flache Land“. Eine solche Vorgehensweise gefährde zudem die *Absatzchancen der sog. Billiglohnländer*. Auf lange Sicht würden hierdurch die Investitionsgüterexporte deutscher Unternehmen behindert, die wiederum die Entwicklungsstaaten in die Lage versetzten, hohe Qualitätsprodukte zu produzieren, die diese dann u.a. in Deutschland absetzen wollten.

Reichl äußerte Zweifel darüber, ob angesichts der mittlerweile sehr starken Verrechtlichung des Vergabeverfahrens öffentlicher Aufträge, und zwar sowohl auf innerstaatlicher als auch auf internationaler Ebene, sich die Ziele der regionalen Wirtschaftskreisläufe mit Hilfe der öffentlichen Aufträge realisieren lassen. Zur Verdeutlichung nannte er das nach der Uruguay-Runde zur Liberalisierung des internationalen Handels in Kraft getretene Beschaffungsübereinkommen, in dem nicht wie früher (z.B. GATT-Regierungskaufkodex) ausschließlich die zentralstaatlichen Einkäufe, sondern auch die der unteren Regierungsebene (Kommunen etc.) geregelt werden. Darüber hinaus zählte er eine Reihe von EG-Richtlinien zur Koordinierung der Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge auf (der Markt umfasse ca. 12 % des Bruttoinlandsproduktes der EU), die eine Transparenz und Überprüfbarkeit der Vergabekriterien verlangen. Diese internationalen Vorschriften würden in der Bundesrepublik i.d.R. schnell in das nationale Recht umgesetzt (siehe: Haushaltsgrundsatzgesetz: ab 1. Januar 1999 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, eine Vergabeverordnung des Bundes, Verdingungsordnungen: VOL, VOB, VOF).

Wenn durch die neue GATT-Regelung die 53 Staaten der USA mit ihrem enormen Einkaufspotential für deutsche Unternehmen offenstünden, dann müßten sich auch die deutschen Bundesländer öffnen, argumentierte Reichl. Für den Freistaat Bayern, der mehr als jede 5. Mark durch Warenexport erwirtschaftet (*Exportquote Bayerns*, das ist der Anteil der Warenexporte am

Bruttoinlandsprodukt, betrug 1997 22%), sei eine solche Öffnung wegen der Sicherung zahlreicher Arbeitsplätze lebenswichtig. Nicht zuletzt aufgrund des im internationalen Handel geltenden *Prinzips der Reziprozität* könne sich eine *exportorientierte* Nation wie Deutschland einen Verstoß gegen ein faires Ausschreibungsverfahren und eine Diskriminierung der Unternehmen anderer Staaten bei der Vergabe der öffentlichen Aufträge nicht leisten.

Schließlich plädierte Reichl dafür, das „Vergaberecht nicht für politische Ziele zu instrumentalisieren, die eigentlich auf gesetzgeberischem Wege mit anderen Mitteln durchgesetzt werden müßten“. Der Freistaat Bayern hätte seiner Meinung nach in den *Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen* bereits einen Ansatzpunkt im Hinblick auf die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen realisiert, da diese bei der Definition der Leistung neben den üblichen auftragsbezogenen Kriterien (Qualität, Preis, Liefertermin, Ästhetik, Kundendienst etc.) auch Umweltkriterien zulassen. Darin wird dem öffentlichen Einkäufer u.a. vorgeschrieben, vor der Ausschreibung für öffentlicher Aufträge, eine Markterkundung über Produkte und Preise durchzuführen und die gewünschten Güter in der Leistungsbeschreibung so genau wie möglich zu bezeichnen.

Wesentliche Ergebnisse der Fragebogenaktion zum Thema „AGENDA 21 und die Wirtschaft“:

Mit Hilfe des Fragebogens, der in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern konzipiert wurde, sollte eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der AGENDA 21 in Bayern sechs Jahre nach Rio ermöglicht werden. Zentrale Anliegen waren die folgenden Fragen: Wo stehen wir heute bei der Beteiligung der Wirtschaft im AGENDA-Prozeß und wie geht es weiter?

Die Zielgruppen der Befragung waren:

- Kommunen, Kommunalverbände
- Betriebe aus allen Bereichen der Wirtschaft
- Personen aus Politik und Wissenschaft
- Nichtregierungsorganisationen im Umwelt- und Entwicklungsbereich

Ca. 4.000 Fragebögen wurden im September verschickt. Die im folgenden kommentierten Ergebnisse stützen sich auf einen Rücklauf von 220 Fragebögen. Die Rücklaufquote betrug knapp 6%. Aufgrund der anspruchsvollen Fragestellung ist der Rücklauf qualitativ und quantitativ durchaus befriedigend.

37 Testteilnehmer (17%) kamen aus großen Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern, 29 (13%) von mittleren Gemeinden (20.000 bis 100.000 Einwohner), 154 (70%) von kleineren Gemeinden (bis 20.000 Einwohner). Die Einteilung der Befragungsteilnehmer nach der Struktur ihres Wohnorts ergibt tendenziell, daß der überwiegende Teil aus den Gemeinden bis 20.000 Einwohner kamen; 97% der insgesamt etwa mehr als 2.000 bayerischen Gemeinden hatten diese Einwohnergröße.

Die Ergebnisse der Fragebogen-Aktion im einzelnen:

Die Informationsarbeit über AGENDA-21 muß verbessert werden....

136 der 220 Testteilnehmer bejahten die Frage: "Läuft in Ihrer Stadt/Gemeinde bereits der AGENDA-Prozeß". Die meisten "Ja"-Antworten kamen von den Teilnehmern aus den Gemeinden

mit einer Einwohnerzahl über 100.000. Die Mehrheit der Teilnehmer, die diese Testfrage mit "Nein" beantworteten, waren in den Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern wohnhaft. Da etwa 3 von 4 bayerischen Gemeinden die Einwohner dieser Größe (5.000) haben, kann man mit ziemlicher Sicherheit die Aussage treffen, daß die Mehrheit der bayerischen Gemeinden noch nicht mit dem AGENDA-Prozeß begonnen haben.

Die Mehrheit der Teilnehmer, bei der der AGENDA-Prozeß schon läuft, wurden erst in den letzten 1 bis 1 1/2 Jahren (ab 1997), also 5 bzw. 6 Jahre nach Rio, auf die AGENDA aufmerksam. Nach dem Ergebnis der Befragung wurden 2 von 5 Testteilnehmern hauptsächlich über die Kommunalverbände, über ein Viertel über die Kommunen und knapp ein Fünftel über die Nichtregierungsorganisationen auf die AGENDA 21 aufmerksam; erst an vierter Stelle wurde die Landesregierung genannt, während die Bundesregierung mit weniger als 1% an letzter Stelle stand. Offensichtlich ist es nach Ansicht der Befragungsteilnehmer der Bundesregierung, obwohl sie einer der 170 Hauptakteure und Unterzeichner des Abschlußdokuments von Rio war, nicht gelungen, die AGENDA-Idee einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das bevorzugte Konsultationsforum ...

Die Mehrheit der Befragungsteilnehmer (54%) stand im Rahmen des AGENDA-Prozesses bereits im Dialog mit der Wirtschaft. Das bevorzugte Konsultationsforum war der AGENDA-Arbeitskreis (50%), gefolgt vom AGENDA-Plenum bzw. Bürgerforum (36%). Die Bewohner der kleinen Gemeinden nutzten für den Dialog mit der Wirtschaft häufiger das AGENDA-Team und griffen auch öfter zu informellen Gesprächen mit AGENDA-Aktiven als die Bewohner der mittleren oder großen Gemeinden.

46% der Testteilnehmer hatten noch keinen Dialog mit der Wirtschaft begonnen. Nur in den seltensten Fällen wurden als Grund hierfür „Personal- und Zeitmangel“ oder „fehlende fachliche Kompetenz“ angegeben. Als wichtigste Barriere für einen Dialog wurden "niedrige politische Rangordnung des Themas in der Stadt-/Gemeindepolitik" (47%) und "fehlender Stadt-/Gemeinderatsbeschluß zur Erstellung und Umsetzung einer lokalen AGENDA 21" (46%) genannt. Auffallend ist, daß diese Gründe bei den großen Gemeinden eine geringere Rolle spielen.

Wichtigster Themenschwerpunkt in den AGENDA-Arbeitskreisen und -Plenaren war der Umweltschutz... (vgl. Tab. 1)

Nach der Anzahl der Nennungen stand das Thema "Natur und Landschaft" im AGENDA-Prozeß an erster Stelle (65%); dieses Ergebnis läßt sich aus der ländlichen Struktur der an der Aktion teilnehmenden Gemeinden erklären. Es folgten dann "Energie-/Klimaschutz", „Bauen und Wohnen“, „Wasser-/Abwasser“, "Verkehr/Verkehrssicherheit", „ÖPNV“, wobei sich die Anteile zwischen 51% und 54% bewegten. Das Thema "Nord-Süd-Politik" wurde erst an vorletzter Stelle angegeben, und zwar fast gleichrangig mit "Armut und soziale Abgrenzung". Nur für jeden zehnten der Befragten waren die Probleme der Länder der "Dritten Welt" ein prioritäres Thema der lokalen AGENDA 21. Unsere Ergebnisse zeigen auch, daß das Nord-Süd-Thema vor allem für die Teilnehmer aus den kleineren Gemeinden nicht als Bestandteil der AGENDA 21 angesehen wurde. Hier hat sich nur jeder zwanzigste oder weniger als 5% damit beschäftigt. Diese Haltung drückt die enge Interpretation der AGENDA 21 als einen Aktionsplan zum Umweltschutz, anstatt zur Förderung einer umwelt- und sozialverträglichen wirtschaftlichen Entwicklung aus.

Tabelle 1	
Themenschwerpunkte - Angaben in % der Befragten -	
	Gemeindegröße

	große	mittlere	kleine	insgesamt
Abfallwirtschaft	37,5	10,5	43,1	36,5
Arbeitslosigkeit	41,7	5,3	19,4	21,7
Armut und soziale Abgrenzung	25,0	.	8,3	10,4
Bauen und Wohnen	41,7	57,9	58,3	54,8
Betreuung Älterer und Pflegebedürftiger	8,3	5,3	15,3	12,2
Energie/Klimaschutz	75,0	78,9	52,8	61,7
Erziehung und Bildung	29,2	26,3	19,4	22,6
Familie/Kinderbetreuungsangebot	4,2	.	30,6	20,0
Flächennutzung	37,5	21,1	56,9	47,0
Freizeiteinrichtungen, z.B. für Jugendliche	8,3	5,3	44,4	30,4
Gesundheit	16,7	5,3	9,7	10,4
Kriminalitätsprobleme	4,2	.	5,6	4,3
Lärm	25,0	.	19,4	17,4
Luftreinhaltung	41,7	5,3	15,3	19,1
Nahrungsmittelqualität	12,5	36,8	9,7	14,8
Natur und Landschaft	41,7	42,1	79,2	65,2
Nord-Süd-Politik	33,3	.	4,2	9,6
Öko-Audit	50,0	10,5	13,9	20,9
Öffentlicher Personennahverkehr	54,2	47,4	51,4	51,3
Öffentlichkeitsarbeit	25,0	21,1	36,1	31,3
Regionaler Wirtschaftskreislauf	45,8	47,4	33,3	38,3
Spielplätze	4,2	.	27,8	18,3
Umweltmanagement	50,0	21,1	31,9	33,9
Verkehr und Verkehrssicherheit	29,2	63,2	59,7	53,9
Wasser und Abwasser	54,2	15,8	65,3	54,8

Quelle: Erhebungen der Society for International Development (SID) und der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1998.

Wie beurteilen die Befragungsteilnehmer den Dialog mit der Wirtschaft im AGENDA-Prozeß?

Auf Rang 1 steht die Aussage, daß der AGENDA-Prozeß ein angemessener Rahmen ist für den Dialog zwischen Kommunen und Wirtschaft über lokale Nachhaltigkeit. Ein überwiegender Anteil der Befragten (64%) stimmte der Aussage "AGENDA-Prozeß ist ein angemessener Rahmen..." zu, bei 9% der Testteilnehmer fand die Aussage keine Zustimmung, für 27% stimmt die Aussage nur eingeschränkt.

Auf Rang 2 steht die Aussage, daß "die Wirtschaft von Anfang an voll in den AGENDA-Prozeß einbezogen wird". 44% bejahten die Frage, ob die Wirtschaft von Anfang an einbezogen wird, der Rest verneinte sie (27%) oder war unschlüssig (29%).

Auf Rang 3, gleichrangig mit dem Zufriedenheitsgrad bzgl. des AGENDA-Prozesses in der Stadt/Gemeinde, steht, daß "die Ideen und Vorschläge aus der Wirtschaft ausreichend in den lokalen AGENDA-Prozeß berücksichtigt werden". Nach Meinung von 31% der Befragten wurden die Ideen und Vorschläge aus der Wirtschaft ausreichend berücksichtigt, 21% meinten "Nein" und 48% sagten, daß diese nur teilweise berücksichtigt werden.

Die Dialogbereitschaft der Kommunen, der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO's) und der Umwelt-NRO's wurde von den Testteilnehmern als äußerst gering erachtet. Nur geringfügig günstiger wurde der Abbau der Planungsrisiken der lokalen Unternehmen durch den AGENDA-Prozeß bewertet. 22% der Testteilnehmer meinten der "AGENDA-Prozeß verringert die Planungsrisiken der lokalen Unternehmen", 50% sagten „Nein“, 28% meinten „teils, teils“.

Welche AGENDA-Projekte in Ihrer Gemeinde haben Vorbild-Charakter?

Die Erstellung einer Broschüre "Reparatur- und Öko-Führer", "Tag der offenen Türe von örtlichen Unternehmen", "Aktion Dosenfreie Zone" wurden u.a. als AGENDA-Projekte mit Vorbild-Charakter genannt. Diese zielen auf eine Änderung des Lebensstils ab. Sehr auffällig bleibt die Tatsache, daß viele der genannten AGENDA-Projekte den Klimaschutz und die Verbesserung der Energieeffizienz, also Umweltschutz, zum Ziel haben. Als einziges ausdrücklich "soziales" AGENDA-

Projekt wurde eine "Ausbildungsplatzbörse für Jugendliche" von einem Testteilnehmer genannt. Dieser geringe Stellenwert der sozialen Probleme im AGENDA-Prozeß erstaunt, da wie im jüngsten Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programm) zu lesen ist, soziale Probleme nicht nur im Süden, sondern auch im Norden, also in den Industrieländern, in einem "hohen schockierenden Ausmaß" auftreten: "In den 29 westlichen Industriestaaten leben mehr als 100 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, 37 Millionen sind arbeitslos, und 200 Millionen Menschen haben trotz allen Wohlstands keine Chance, älter als 60 Jahre zu werden".

Welche Rahmenbedingungen sind für die Erreichung der Ziele der AGENDA 21 besonders relevant?

In der Reihenfolge der Rahmenbedingungen mit *positivem* Einfluß auf die Umsetzung der Ziele der AGENDA 21 stehen ganz oben auf dem ersten Platz der "Export von umweltverträglichen Technologien aus den Industrieländern in die Länder der Dritten Welt" und "Selbstverpflichtungen der Wirtschaft im Umweltschutz".

Auf dem zweiten Platz stehen "ungehinderter internationaler Warenaustausch (Fair Handel der Produkte aus den Entwicklungsländern)" und "Basler Konvention zur Kontrolle des Transports toxischer Abfälle". Es folgte an dritter Stelle "Kooperation von Privatwirtschaft und staatlicher Entwicklungshilfe" (Public Private Partnership, PPP). 68% der Befragten bewerteten dessen Einfluß auf die Verwirklichung der AGENDA-Ziele als positiv bis sehr positiv. Diese Haltung der Testteilnehmer zu Handel statt Hilfe in den Nord-Süd-Beziehungen könnte auf den hohen Anteil der Unternehmen an der Befragung zurückzuführen sein.

Unbestreitbar ist, daß die konjunkturelle Entwicklung in der Regel eine wichtige Einflußgröße ist, auch wenn dies im Umfrageergebnis nicht so deutlich zutage kam (Rang 5). Immerhin bewerteten 54% der Aktionsteilnehmer eine positive konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern als förderlich bis sehr förderlich für die Erreichung der Ziele der AGENDA 21.

So gut wie *keinen* bzw. eher *negativen* Einfluß haben aus der Sicht der Mehrheit der Befragten die internationalen Welthandelsverträge (GATT/WTO), "zusätzliche Öko-Steuer" und die "Reform der EU-Agrarmarkt-Ordnung (sog. AGENDA 2000)". Als eindeutig negativ wird der Einfluß der „Weltmarktpreientwicklung“ beurteilt. Die Testteilnehmer schätzen den Einfluß des „Multilateralen Investitionsabkommens (MAI)“ eher negativ (6%) als positiv (2,5%) für den AGENDA-Prozeß ein. Zahlreiche Teilnehmer machten ablehnende Kommentare zu MAI: Für einen Teilnehmer sind die Forderungen von MAI diametral entgegengesetzt zu den Zielen der AGENDA 21, Umweltvorschriften sollten in den MAI-Verhandlungen stärkere Berücksichtigung finden.

Partizipation im AGENDA-Prozeß aus der Sicht der Wirtschaft...

Insgesamt 80 Kommunalverwaltungen und 69 Betriebe waren an der Fragebogenaktion beteiligt. Von den beteiligten Betrieben gehörten etwa 9,2% dem Sektor Handel, Verkehrs-, Kredit- und Versicherungsgewerbe an, 19% dem Produzierenden Gewerbe und 6,9% der Land- und Forstwirtschaft. 71 Testteilnehmer gehörten zu der Kategorie "Sonstiges": diese sind natürliche Personen, Wissenschaftsinstitute, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen etc.

Etwa 35% der an der Aktion teilnehmenden Betriebe partizipierten am AGENDA-Prozeß regelmäßig durch einen ständigen Delegierten, wobei die Betriebe in den großen Gemeinden mit 52% und in den mittleren Gemeinden mit 38% in hohem Maße diese Beteiligungsoption wählten, während sich die Betriebe in den kleinen Gemeinden mit etwa 40% überwiegend mit einer gelegentlichen Beteiligung am AGENDA-Prozeß begnügten.

Wo sahen die Befragungsteilnehmer hauptsächlich den Nutzen einer Teilnahme am AGENDA-Prozeß für Ihren Betrieb?

- Viele Testbetriebe glaubten, durch den AGENDA-Prozeß auf wichtige Informationsquellen zu stoßen und neue Denkansätze gewinnen zu können.
- Viele sahen die AGENDA als Chance, ihr Expertenwissen in die breitere Diskussion über langfristige globale, regionale und kommunale Entwicklung einzubringen.
- Aus der Sicht eines Unternehmers bringt die Unterstützung der AGENDA Eigenwerbung und steigert den Bekanntheitsgrad des Betriebs. Die AGENDA wurde von einem anderen Unternehmer als eine Möglichkeit gesehen, die Kommunikation mit den Kunden und den Kontakt zum Stadtrat auszubauen.
- Einige Betriebe erwarteten durch die AGENDA die Erreichung ihrer unternehmerischen Ziele, z.B. Planungssicherheit und Preissicherheit, Verbreitung von Umwelttechnik und vor allem Absatz von Umwelttechnologien im Ausland oder Vermarktung von Kompost,.
- Als wichtige Nutzen der AGENDA wurden die Förderung des ökologischen Bauens, Energieeinsparung und die Verbreitung regenerativer Energien genannt.

Insgesamt beantworteten die Befragungsteilnehmer aus den kommunalen Verwaltungen die Frage des Nutzens des AGENDA-Prozesses zurückhaltender als die aus der Privatwirtschaft. Zahlreiche Testteilnehmer aus den Kommunalverwaltungen meinten, daß sie viele Aufgaben zur Schaffung von Lebensvoraussetzung für nachfolgende Generationen, wie z.B. landschaftsbezogene Gemeindeentwicklung, Erhalten der herrlichen Landschaft, Ressourcenschonung für die künftige Entwicklung, Schonung der Umwelt, auch ohne AGENDA 21 bereits erledigt hätten und auch zukünftig erledigen würden. Nach Ansicht dieser Gruppe hat eher der Staat als eine Kommunalbehörde einen Nutzen von dem Prozeß. Dennoch wollten sie den AGENDA-Prozeß zur Sensibilisierung der Gemeindebürger für eine nachhaltige Entwicklung und zur Förderung des Verantwortungsbewußtseins nutzen. Ein Bürgermeister will den AGENDA-Prozeß dafür einsetzen, um für seine Sparpolitik zu werben.

Struktur der Ausgaben der teilnehmenden Betriebe für Umweltschutz und Soziales (1992, 1997)...

Die Tabelle 2 zeigt beim Vergleich zwischen 1992 und 1997 eine leichte Abnahme der Ausgaben für Umweltschutz von einem Anteil von 1,5% auf 1,2% des gesamten Umsatzes. Auffallend ist, daß sowohl große Gemeinden als auch kleine Betriebe und vor allem der Sektor Land- und Forstwirtschaft eher überdurchschnittliche Ausgaben für Umweltschutz in beiden Zeiträumen aufwiesen.

Tabelle 2		
Ausgaben für Umweltschutz bezogen auf den jeweiligen Umsatz in %		
	1992	1997
Gemeindegröße		
große Gemeinde	2,8	2,0
mittlere Gemeinde	0,5	0,3
kleine Gemeinde	0,5	0,4
Größenklassen		
- 19 Beschäftigte	2,4	3,9
20 - 49 Beschäftigte	1,7	(.) ^{a)}
50 - 199 Beschäftigte	1,1	1,0
> 200 Beschäftigte	1,5	1,2
Branchen		
Land- und Forstwirtschaft	2,4	3,1
Produzierendes Gewerbe ^{b)}	0,3	0,3
Handel, Verkehrs- ^{c)} , Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,3	0,4
Sonstige	1,7	1,3
Insgesamt	1,5	1,2
a) (.) = keine gesicherte Aussage möglich, wegen zu geringer Teilnehmerzahl. b) Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handwerk. c) Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung.		

Quelle: Erhebungen der Society for International Development (SID) und der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1998.

Der Anteil der Ausgaben für soziale Entwicklung ist 1997 mit 0,02% äußerst gering. Dennoch ist im Laufe der 5 Jahre eine Tendenz zur Besserung deutlich erkennbar. Tabelle 3 weist keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gemeinden verschiedener Größen und den unterschiedlichen Branchen auf. Ähnlich überdurchschnittliche Anteile wie bei den Ausgaben für Umweltschutz ergeben sich auch hier bei den kleinsten Betrieben.

Tabelle 3		
Ausgaben für soziale Entwicklung bezogen auf den jeweiligen Umsatz in %		
	1992	1997
Gemeindegröße		
große Gemeinde	0,1	0,1
mittlere Gemeinde	0,1	0,2
kleine Gemeinde	0,01	0,01
Größenklassen		
- 19 Beschäftigte	1,2	1,1
20 - 49 Beschäftigte	0,3	(.) ^{a)}
50 - 199 Beschäftigte	0,2	0,2
> 200 Beschäftigte	0,01	0,01
Branchen		
Land- und Forstwirtschaft	0,5	0,8
Produzierendes Gewerbe ^{b)}	0,1	0,2
Handel, Verkehrs- ^{c)} , Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,1	0,1
Sonstige	0,01	0,01
Insgesamt	0,01	0,02
a) (.) = keine gesicherte Aussage möglich, wegen zu geringer Teilnehmerzahl. b) Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handwerk. c) Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung.		

Quelle: Erhebungen der Society for International Development (SID) und der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1998.

Ein Vergleich der Ausgaben der teilnehmenden Betriebe für Umweltschutz (für Müllsortierung, neue Produktionsverfahren, etc.) und soziale Entwicklung in den Zeiträumen 1990-1992 und 1993-1996 (Tabelle 4) bestätigt die bereits an anderer Stelle dieses Berichts erwähnte Neigung der Testteilnehmer, die AGENDA 21 als eine reine Umweltschutz-Aktion zu betrachten. Nur jeder fünfte Betrieb gab an, aufgrund der AGENDA 21 ein neues Konzept für Umweltschutz und soziale Entwicklung initiiert zu haben.

Welche Bedeutung hat bzw. könnte das Vorhandensein regionaler Wirtschaftskreisläufe für Ihre Branche bzw. für Ihren Betrieb haben (Frage 3.10)?

Insgesamt wurden die Argumente, die in der Podiumsdiskussion für die Errichtung regionaler Wirtschaftskreisläufe angeführt wurden, durch die Ergebnisse der Fragebogenaktion bestätigt. Insb. Handwerk und Handel messen den regionalen Wirtschaftskreisläufen „sehr große“ bzw. „enorme“ Bedeutung zu, u.a. da sie das Handwerk begünstigten und einen besseren Vertrieb von Regionalprodukten förderten. Auch für das Baugewerbe hätten die regionalen Wirtschaftskreisläufe eine hohe Bedeutung, da sie ohnehin überwiegend regional operieren. Beim produzierenden Gewerbe profitieren v.a. kleine Betriebe bis 50 Beschäftigte besonders, sie sind aber auch durch die Vergabebedingungen für öffentliche Aufträge im negativen Sinn stärker betroffen. Für mittlere und große Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, die zumeist landesweit oder außerhalb Bayerns/Deutschlands agieren, ist der Nutzen von regionalen Wirtschaftskreisläufen eher indirekt, z.B. durch die Stärkung der Infrastruktur, die Schaffung eines interessanten Umfelds oder die leichtere Beeinflussbarkeit der Konsumenten.

Im Grundsatz würden viele (67%) der Testbetriebe *die Initiative zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe* unterstützen, um den ländlichen Raum sowie das öffentliche Umweltbewußtsein zu stärken. Etwa jeder dritte Betrieb würde eine solche Initiative allerdings nicht unterstützen, u.a. weil es im Zuge der Globalisierung ökonomischer Unsinn sei oder weil eine Verstärkung der Rivalität zwischen den Gemeinden oder gar das Abwerben der örtlichen Unternehmen durch Nachbargemeinden befürchtet werde.

Was erwarten Sie von gemeinsamen Anstrengungen in Ihrer Region oder Ihrem Landkreis im Rahmen einer Regionalentwicklungsgesellschaft oder eines Regionalmanagements (Frage 3.12)?

Grundsätzlich waren die Aussagen der Wirtschaft und der Kommunen zum weit überwiegenden Teil positiv.

Aus Sicht der Wirtschaft führe ein Regionalmanagement u.a. zu einer Verstärkung der Identifikation mit der Region und mehr Engagement für die Region. Es wurde also eine Bündelung aller Kräfte zum Vorteil der Region, eine Verbesserung von Information, Kommunikation, Organisation und Koordination etc. erwartet. Das Regionalmanagement könnte ein Ansatz sein, um das Gedankengut der AGENDA 21 umzusetzen und damit eine langfristig zukunftsfähige Strukturentwicklung in Gang zu bringen, da hierdurch auch das Bewußtsein für die Dringlichkeit eines gemeinsamen umweltverträglichen und sozialen Handelns geschaffen würde. Allerdings wurde auch bemerkt, daß die bisherigen Organisationen hierfür ausreichen würden und daß ein Zuviel an Bürokratie verhindert werden müsse.

Aus Sicht der Kommunen trägt ein Regionalmanagement u.a. zum Erhalt der bäuerlichen Kulturlandschaft sowie der Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, z.B. durch eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, und damit zum Erhalt oder Ausbau der Arbeitsplätze bei. Die Maßnahmen im Rahmen des AGENDA-Prozesses könnten dadurch kostengünstiger und umfassender durchgeführt werden.

Tabelle 4										
Verteilung der Ausgaben nach folgenden Schwerpunkten										
-Angaben in % der Gesamtausgaben für den jeweiligen Zeitraum-										
	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe ^{a)}		Handel, Verkehrs- ^{b)} , Kredit- und Versicherungsgewerbe		Sonstige		Insgesamt	
	1990-92	1993-96	1990-92	1993-96	1990-92	1993-96	1990-92	1993-96	1990-92	1993-96
Abfallwirtschaft/Recycling	4,0	2,1	13,3	7,4	19,5	9,5	28,5	30,9	17,7	11,0
Abwasserbeseitigung	33,0	62,2	77,5	60,1	28,0	12,1	52,5	42,9	61,3	55,1
Betreuung pflegebedürftiger MitarbeiterInnen	2,5	1,0	2,9	-	-	-	0,01	0,03	1,7	0,3
Betriebsbusse	21,7	9,3	-	-	0,2	0,05	-	0,08	3,0	2,8
Energieeinsparung	3,2	12,6	1,3	1,6	3,7	6,04	7,9	9,3	4,0	6,6
Erhaltung der Biodiversität	-	0,03	0,2	0,3	-	-	0,6	0,03	0,3	0,1
Freizeiteinrichtung für MitarbeiterInnen	13,3	3,4	-	-	-	0,06	6,4	-	4,1	1,0
Jobtickets	-	-	-	-	-	-	0,01	0,1	0,0	0,01
Kinderbetreuung	21,8	9,2	0,0	0,1	-	-	3,0	14,5	4,0	5,7
Lärmbekämpfung	-	-	0,01	2,6	-	-	0,02	0,1	0,01	1,2
Luftreinhaltung	-	0,01	0,0	26,6	3,7	3,0	1,0	1,3	0,4	12,4
Öffentliche Verkehrsmittel	0,5	0,2	0,0	0,3	7,5	2,4	0,03	0,2	0,3	0,3
Schulung der MitarbeiterInnen zu Fragen der Nachhaltigkeit	-	-	4,8	0,3	18,7	6,0	-	0,3	3,0	0,4
Sensibilisierung der MitarbeiterInnen in umwelt- und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit	-	-	0,0	0,3	-	0,3	-	0,2	0,0	0,2
Wohnungsbau	-	-	-	-	18,7	60,5	-	-	0,4	2,7
Andere Themen	-	-	0,0	0,3	-	-	0,10	0,1	0,04	0,2

a) Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handwerk.
b) Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung.

Quelle: Erhebungen der Society for International Development (SID) und der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1998.

Insgesamt schienen sich unsere Testbetriebe im AGENDA-Prozeß stark für die Gestaltung ihrer lokalen, unmittelbaren physischen und sozialen Umwelt zu interessieren: Nur 33% der Befragten bejahten die Frage, ob "ihr Betrieb in Netzwerken von umweltpolitischen und sozialbewußten Firmen engagiert" sei, 67% verneinten sie.

Auswahl von wörtlichen Stellungnahmen der Befragten zur Frage, welche flankierenden Maßnahmen rechtlicher, finanzieller oder personeller Art für die schnelle Erreichung der Ziele der AGENDA 21 zusätzlich erforderlich sind (Frage 2.8)...

- Stärkerer politischer Wille zur Umsetzung der AGENDA sowohl auf globaler als auch staatlicher Ebenen und eine offensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der staatlichen Institutionen und der Wirtschaftsverbände zur AGENDA 21
- Rechtliche Verankerung der Ziele der AGENDA 21 sowie rechtliche Verpflichtung der Kommunen, diese umzusetzen
- Ein offensives Auftreten der Stadtratsfraktionen gegenüber der heimischen Wirtschaft bezüglich der Umsetzung der AGENDA-Ziele und Maßnahmen.
- Die "Verbannung" der Parteipolitik aus den Rathäusern und betriebswirtschaftlich orientierte Führung der kommunalen Geschäfte.
- Armenzentrierte Entwicklungspolitik.
- Anreize für ökologisch verträglich abgebaute, angebaute oder hergestellte Produkte.
- Die Änderung des Verhaltens der Konsumenten (Suffizienzrevolution) müsse im Zentrum des AGENDA-Prozesses stehen.

Wesentliche Ergebnisse des Workshops zum Thema „Chancen und Nutzen einer Einbindung von Wirtschaftsunternehmen bei den AGENDA-Prozessen“: (siehe Anhang)

Der Workshop sollte neben der Ableitung einer Situationsanalyse vornehmlich zur Erarbeitung von Lösungs- und Verbesserungsvorschlägen zur Einbeziehung der Wirtschaft in die Lokale AGENDA 21 dienen. Auf der Grundlage eines breiten Informations- und Erfahrungsaustausches der Tagungsteilnehmer sollten Empfehlungen für konkrete Projekte abgegeben werden und den Teilnehmern bei Interesse die Möglichkeit zur Vernetzung über die Tagung hinaus eröffnet werden.

Als wesentliche **Chancen und Nutzen** einer Einbindung von Unternehmen im lokalen-AGENDA-Prozeß hinsichtlich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension der nachhaltigen Entwicklung ermittelten die Teilnehmer *aus Sicht der Unternehmen* u.a., daß die Betriebe ihr Engagement für die lokale AGENDA 21 als Marketinginstrument für ihr Unternehmen bzw. ihre Produkte und Dienstleistungen einsetzen können: Die Eigenverantwortung der Unternehmen würde gestärkt und die aus dem Agenda-Prozeß hervorgehenden Selbstverpflichtungen der Wirtschaft im Umweltschutz sowie die mit der lokalen AGENDA verbundenen Möglichkeiten dieses Engagements auch öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, erhöhten die Akzeptanz des Unternehmens in der Region. Sie würden zudem zu (Produkt-) Innovationen angeregt und könnten sich damit neue Märkte und Absatzpotentiale erschließen. Bedeutend sei auch die Mitgestaltungsmöglichkeit der Unternehmen auf politische Planungs- und Entscheidungsprozesse, wobei neben der möglichen Abwehr unliebsamer kommunalpolitischer Vorgaben auch die Chance zu einer kritischen Selbstreflektion und damit zur Relativierung eigener Unternehmensziele genannt wurde.

Für die Kommunen ergäbe sich nach Ansicht der Teilnehmer durch die Einbindung der Wirtschaft ein Zugewinn von Fachwissen und ein größerer Praxisbezug für ihre Tätigkeiten. Darüber hinaus setzt die Erarbeitung und Umsetzung einer lokalen AGENDA 21 andere Fähigkeiten und Kenntnisse voraus als der reine Verwaltungsvollzug (Kreativität, Flexibilität,

Kommunikationsfähigkeit etc.); die Verwaltung hätte damit die Chance, aber auch die Notwendigkeit, entsprechend befähigte Mitarbeiter zu eruieren und zu fördern, was letztlich für alle Beteiligten gewinnbringend und motivationssteigernd wäre. Zudem eröffnen sich für die Gemeinden durch Einbindung der Wirtschaft ggf. Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung an sozialen Einrichtungen, z.B. direkt durch Sponsoring oder indirekt durch ehrenamtliches Engagement der Bürger.

Als große Chance *für alle Beteiligten* wurde eine verbesserte Kommunikation und damit einhergehend ein besseres gegenseitiges Verständnis für die Interessen und Handlungsspielräume bzw. -zwänge der anderen gesehen; dies trüge letztlich zum Nutzen aller zu einem Abbau von Feindbildern bei. Sowohl der Verwaltung, als auch der Wirtschaft, den Interessensvertretern und Bürgern wäre die Devise „Tue Gutes und rede darüber“ zu empfehlen.

Als den wohl bedeutendsten **Hemmfaktor** für die Einbindung der Unternehmen im lokalen AGENDA-Prozeß ermittelten die Teilnehmer die Tatsache bzw. die Befürchtung, daß dem durch ein Engagement bei der lokalen AGENDA 21 erzielbaren Nutzen ein unverhältnismäßig hoher Kostenaufwand gegenübersteht. Unbestritten war aber auch, daß der zweifellos erforderliche Einsatz an Ressourcen in den Unternehmen in Form von Geld, Zeit und/oder Personal durch einen entsprechenden Ertrag z.B. in Folge der Erschließung neuer Märkte, aufgrund von Produktinnovationen, der Vermeidung von Reibungsverlusten durch eine bessere Kommunikation mit der Gemeinde etc., mehr als ausgeglichen werden kann. Wesentlicher als ein Bereitstellen von Zuschüssen wäre nach Ansicht der Teilnehmer den Informationsdefiziten und Akzeptanzmängeln, die hinsichtlich der AGENDA 21 bzw. der lokalen AGENDA 21 in der Bevölkerung und speziell bei der Wirtschaft immer noch vorhandenen sind, offensiv zu begegnen. Erforderlich wäre hierfür z.B. ein glaubwürdiges Eintreten für die Ziele der AGENDA sowie eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit durch die Gemeinde, aber auch auf übergeordneter Ebene, z.B. durch die Staatsregierung oder den Bund.

Als Frage wurde des weiteren gestellt, welche Projekte man einleiten könnte, um die ermittelten Probleme zu lösen.

Zur Nachahmung zu empfehlende **Projekte** nannten die Teilnehmer u.a. das in Graz erfundene und auch in München bereits praktizierte „*Ökoprofit*“ (**ÖKO**logisches **PRO**jekt **FÜR** Integrierte Umwelt**TECHN**ik), das durch Vermeidung bzw. Verminderung von Abfall und Emissionen eine Entlastung der Umwelt und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit eine Verbindung von Ökologie und Ökonomie bewirken will. Hierbei wird den teilnehmenden Unternehmen in einer Kombination von Trainingsworkshops und individueller Beratung beim Aufbau einer innerbetrieblichen Umweltvorsorge geholfen. Zudem soll der Informationsaustausch unter den Betrieben gefördert werden und es besteht die Möglichkeit, sich im Anschluß daran u.a. auf eine Zertifizierung nach der EG-Öko-Audit-Verordnung vorzubereiten. Von seiten der Teilnehmer wurde vorgeschlagen, dieses Projekt auch um die *soziale* Komponente zu erweitern, z.B. durch Berücksichtigung entwicklungspolitischer Ansätze oder die Entwicklung von Sozialstandards, d.h. daß die Unternehmen Regeln für eine ethische Produktgestaltung aufstellen und umsetzen.

Im Rahmen der lokalen AGENDA 21 für Bayreuth wird derzeit durch den Arbeitskreis „Wirtschaft und Lokale Agenda 21“ ein *Besucherprogramm* für die ansässige Wirtschaft und das Handwerk initiiert unter dem Motto „Bayreuther besuchen Bayreuther Betriebe, Bayreuther kaufen Bayreuther Produkte“. Die Betriebe sollen sich dabei mit Unterstützung durch den Arbeitskreis an einem Tag der offenen Tür interessierten Besuchern präsentieren, um ihren Bekanntheitsgrad und damit die Akzeptanz in der Region zu erhöhen und engere Kundenbeziehungen aufzubauen.

Vorgeschlagen wurde zudem die Thematisierung der Interdependenz zwischen lokalen Umweltproblemen und globaler Entwicklung in den Schulen, um u.a. das Interesse der Bürger zu

wecken und die rege Beteiligung am kommunalen Agenda-Prozeß zu erhöhen. Die örtlichen Unternehmen sollen im Rahmen des in vielen Schulen regelmäßig stattfindenden Projekts „Dritte-Welt-Tag“ ihre Aktivitäten vor Ort und in den Entwicklungsländern zur Förderung nachhaltiger Entwicklung vorstellen. Die Kommunalverwaltungen sollen ihren Teil zur Erreichung der globalen Gerechtigkeit dadurch beisteuern, indem sie mit den Kommunen in den Entwicklungsländern „lokale Agenda-Partnerschaften zum Know-How- und Technologietransfer unter Einbeziehung der örtlichen Unternehmer“ eingehen.

Die Teilnehmer regten des weiteren an, daß sich die Hanns-Seidel-Stiftung und die Society For International Development auch weiterhin der Thematik annehmen sollten (z.B. in Form einer „Agenda-Projekt-Börse“, und zwar möglichst in enger Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und den Kammern, um eine fachlich kompetente Informationsvermittlung sicherzustellen. Ziel wäre es hierbei, die gegenseitige Akzeptanz der an den AGENDA-Prozessen Beteiligten zu erhöhen und deren Berührungspunkte abzubauen, was insb. zwischen Verwaltung, Wirtschaft und den verschiedenen Nichtregierungsorganisationen noch eine wesentliche Rolle spielt.

ANHANG

Zurufmoderation:

Wo liegen aus meiner Sicht die hauptsächlichen Chancen und Nutzen einer Einbindung von Unternehmen im lokalen-Agenda-Prozeß hinsichtlich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension der nachhaltigen Entwicklung?

Chancen und Nutzen für:

die Unternehmen:	die Kommunen:	alle Beteiligten:	
Stärkung der Eigenverantwortung der Unternehmen bzgl. Selbstverpflichtungen im Umweltschutz	Finanzielle Beteiligung an sozialen Einrichtungen	Abbau von Feindbildern	Realistische Ziele setzen, insb. in den LAG-Arbeitskreisen
Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	Sponsoringmöglichkeiten für Gemeinden	Förderung von gegenseitigem Verständnis	Lokale Agenda-21 als Moderationsinstrument
Kritische Selbstreflektion der Unternehmensziele	Praxisbezug herstellen	Synergieeffekte für alle	Kommunikation initiieren und verbessern
Multiplikatorenfunktion von Unternehmen	Einbringung von Fachwissen in die Verwaltung	Erweiterung der Horizonte	Gewinn durch Fachkompetenz der Unternehmen
Nicht-Regulierung bzw. Deregulierung als Gegenleistung	Beschleunigung durch Projekt-Management	Brechen von Denktabus	Finden von Einsparpotentialen
Werbung für die Unternehmen	Bildung von Arbeitsgruppen mit unterschiedlicher Zusammensetzung	Überwindung von persönlichem, betrieblichem und nationalem Egoismus	Stärkung der Mitarbeiter-motivation für die Nachhaltige Entwicklung
Mehr Akzeptanz des Unternehmens im Regionalraum	Auffinden personeller Ressourcen	Mehr Basisdemokratie	Vernetzung der Gruppen
Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit		Reduzierung des Lobbyismus	Handeln statt Reden
Erschließung von neuen Märkten		Änderung des Wirtschaftssystems	Tue Gutes und rede darüber
Innovationsimpuls		Schaffung und Sicherung nachhaltiger "Arbeitsplätze"	
Produktinnovationen			
Dezentralisierung des Angebots		Regionale Identität stärken	
		Relativierung der Ziele	

Kartenfrage

Wo sehe ich die Hauptprobleme für die Einbindung der Unternehmen im lokalen AGENDA-Prozeß?

Lokal Global	Finanzierung	LAG 21- Organisation	Akzeptanzmangel	Infomangel
Lokaler Ansatz gegen überregionalen Ansatz; Globalisierung (weltweite Unternehmen)	Zuschüsse fehlen?	Fehlende neutrale Moderation in der lokalen Agenda 21	Fehlende Akzeptanz der unterschiedlichen Zielvorstellungen	Fehlende Öffentlichkeitsarbeit mit der Folge, daß Förderung, Nutzen nicht bekannt!
Mangelnder lokaler Bezug	Grenzen und Prioritäten der Volkswirtschaft	Fehlen einer akzeptierten Federführung	Fehlendes Verständnis für die Interessen der anderen	Info-Defizit
Konzentration auf Beweglichkeit (Auto)	Finanzielle Mittel fehlen	Unsicherheit des Erfolges	Fehlende Akzeptanz der Situation der anderen;	Fehlende Bewußtseinsbildung
			Fehlende Konsensbereitschaft	Fehlender Wissensstand
			Über den eigenen Schatten springen!	Informationsdefizite bei den Unternehmern
				Nutzen für Unternehmen wird noch nicht deutlich (Infomangel)
				Vorurteile A 21 = nur Umwelt
				Der Name „Agenda 21“ wird nicht akzeptiert (zu abgehoben)
				Keine Vorgaben für die Einbindung
				Einstieg zu abstrakt
				Fehlende Bewußtseinsbildung

Fortsetzung: Wo sehe ich die Hauptprobleme . . . ?

Ängste	Kosten Nutzen	Motivationsmangel
Angst vor Diskussionsclub und Bürokratismus!	Sichtweise rein wirtschaftlich!	Kein zusätzlicher Handlungsbedarf im Umweltschutz, da überreglementiert mit der Folge, daß zu wenig motiviert
Zeit und Ressourcen Diskussion ohne konkrete Ergebnisse	Kosten, Nutzen,- Erfolg für Betrieb	Bereits genügend Umweltvorschriften
Angst vor Neuem	Kosten-Nutzen-Faktor	Überlastung der Unternehmen durch Umweltpakt Bayern; Agenda 2000; Agenda 21; ISO; EMAS
Überwindung von Ängsten	Rein wirtschaftliche Orientierung	Andere Prioritäten im Unternehmen
Angst vor „gläsernem“ Unternehmen	Verfolgung von Eigeninteressen	Überlastung der Unternehmen wegen zu vieler Fragebogenaktionen seitens der Behörden
Furcht vor Ausspähung von Produktionsgeheimnissen	Egoismus - Realismus?	Falsche Delegation von der Kommune angesprochen
	Kosten	Fehlender Individualismus
	Zeitaufwand für die Unternehmen	Fehlen des Einbeziehens des Mittelstandes
	Gewinnorientierung gegen idealistische Ideen	
	Kosten? Wer trägt sie?	
	Zeit und Ressourcen Diskussion ohne konkrete Ergebnisse	
	Fehlende personelle Kapazitäten	
	Zeit-, Personal- und Geldmangel	
	Fehlende Einbeziehung des Mittelstandes	

Zurufmoderation

Lösungsvorschläge:**1. Was haben wir schon probiert und mit welchem Erfolg? ¹**

Agenda- Informations- Veranstaltungen	☺	Öko-Profit	☺	Arbeitskreise bilden - Experten - Interessierte	☺ ☹
Tage der offenen Tür	☺	Sehr konkrete Projekte	☺		

Lösungsvorschläge:**2. Was sollte/könnte man noch tun?****auf kommunaler Ebene:**

Politische Unterstützung mit Vertrauensbildende
Gemeinderatsbeschluß Maßnahmen durch Bgm.
direkt beim Unt.

Möglichst konkretes
umsetzungsfähiges
Projekt Ziele vereinbaren

Leichter konkreter Einstieg Kompetente Ansprech-
partner in Unt. u. Gem.
festlegen

Perspektiven d. Erfolge
zeigen Ehrliche sachbezogene
Aufklärung durch die
Kommunen

Wettbewerbskräfte nutzen Fachwissen des Arbeits-
kreises
als Mittler nutzen

Anreize durch Wettbewerb Gewerbeämter einbinden

Finanzielle und personelle
Unterstützung in der
Gemeinde bereitstellen Lokale-Agenda-21-
-Informations-
veranstaltungen

auf übergeordneter Ebene:

Referenzprojekte
publizieren, z.B. durch
die Kammern oder in Bayern
durch KomMA21 Bayern im
Bay. Landesamt für
Umweltschutz

Lokale Agenda-21
-Informations-
veranstaltungen

Kammern und
Verbände einbinden
für z.B. Branchen-
Agenden

Aktivierung der Unternehmen
über den Wirtschaftsbeirat
auf Kreisebene

Dezentralisierung

Deregulierung

Finanzielle Förderung
der Einbindung
der Unternehmen

¹ Einige der hier aufgeführten Projekte finden sich bei der 3. Teilfrage der Lösungsvorschläge wieder, und zwar diejenigen, die sich aufgrund der Erfahrung der Teilnehmer bewährt haben und daher anderen Gemeinden zur Nachahmung empfohlen werden.

Lösungsvorschläge: **3. Welches Projekt könnten wir einleiten, um die Probleme zu lösen?**

Positive Liste der mitmachenden Unternehmen erstellen und veröffentlichen	Tage der offenen Tür	Bundesstiftung Umwelt soll ein Forschungsprojekt zur "Einbindung der Unternehmen in die Lokale Agenda-21" durchführen. Initiative dafür von seiten der Wirtschaft
Unternehmen sollen sich in der Schule für "Eine Welt-Arbeit" engagieren, z.B. am 3. Welttag	Konsensleitfaden erstellen	Ökoprofit
Branchen-Agenden	Klein-Kommunen sollen sich professionell vernetzen	Lokale Agenda-Partnerschaften mit 3.-Welt-Ländern zum Know-How und Technologietransfer unter Einbeziehung der Unternehmen
Regional vorfinanzierte Energieberatung, die bei Erfolg refinanziert wird	Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter	Regio 21 Umwelt- und Regionalmesse „München-Innovativ“
Energieagentur Contracting	Moderierte Unternehmens-Gespräche	Agenda-Projekt-Börse der HSS und SID ins Leben rufen